

## Niederschrift

über die 33. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 20.03.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 4. Quartal 2018  
Vorlage: 1509/2019
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Aufstellung von Fahrradboxen für Bike- und Ride Anlagen an Bahnhöfen  
Vorlage: 1499/2019
4. Antrag der CDU-Fraktion zur Teilfinanzierung einer 0,5 Stelle für die Wohnberatung für ältere Mitbürger  
Vorlage: 1474/2019
5. Antrag der CDU-Fraktion - Flächendeckende Verteilung einer Informationsbroschüre  
Vorlage: 1513/2019
6. Anfragen

#### II. Nichtöffentlicher Teil

7. Bestellung eines Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 1487/2019
8. Eintragung einer Dienstbarkeit im Grundbuch zu Lasten von städtischen Grundstücken  
Vorlage: 1497/2019
9. Antrag der Bürgerhaus Bauchem gGmbH auf Übernahme der Materialkosten für die Hausanschlussleitung des Bürgerhauses Bauchem  
Vorlage: 1511/2019
10. Auftragsvergaben
11. Auftragsvergabe zur Lieferung eines Pritschenwagens  
Vorlage: 1498/2019
12. Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i. V. m. § 11 Abs. 5 Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999  
Vorlage: 1515/2019
13. Anfragen

**Anwesend waren:**

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Herr Helmut Gerads
6. Herr Christoph Grundmann
7. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
8. Herr Rainer Jansen
9. Herr Michael Kappes
10. Herr Nils Kasper
11. Herr Heinz Kohnen
12. Herr Christian Kravanja
13. Herr Willi Münchs
14. Herr Uwe Neudeck
15. Herr Hans-Josef Paulus
16. Herr Lars Speuser
17. Herr Harald Volles
18. Herr Max Weiler

Stellvertretendes Mitglied

19. Herr Leonhard Kuhn Vertretung für Herrn Wilfried Kleinen
20. Herr Stefan Mesaros Vertretung für Frau Gabriele Kals-Deußen

von der Verwaltung

21. Frau Tina Beckers-Offermanns
22. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
23. Herr Daniel Goertz
24. Herr Joachim Grünewald

Protokollführer

25. Herr Dominik Hilgers

Es fehlten:

26. Herr Manfred Mingers
27. Frau Gabriele Kals-Deußen
28. Herr Wilfried Kleinen

Bürgermeister Schmitz eröffnete die 33. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 20.02.2019 um 18 Uhr und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und den Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Er entschuldigte an dieser Stelle den Stadtverordneten Mingers, den Stadtverordneten Kleinen, der vom Stadtverordneten Kuhn vertreten werde und die Stadtverordnete Kals-Deußen, die vom Stadtverordneten Mesaros vertreten werde. Bürgermeister Schmitz stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen gegen die Niederschrift der 32. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 30.01.2019 habe es nicht gegeben.

Es erklärte sich niemand zu einem Tagesordnungspunkt für befangen.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Schmitz hatte keine Mitteilungen zu machen.

### **TOP 2      Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 4. Quartal 2018 Vorlage: 1509/2019**

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 4. Quartal 2018 zur Kenntnis.

### **TOP 3      Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Aufstellung von Fahrradboxen für Bi- ke- und Ride Anlagen an Bahnhöfen Vorlage: 1499/2019**

Stadtverordneter Benden stellte den Antrag seiner Fraktion vor. Die Stadtverordneten würden häufiger auf die Fahrradsituation an den Bahnhöfen angesprochen. Die neun vorhandenen Fahrradboxen seien seit mehreren Jahren ausgebucht. Die Warteliste sei sehr lang. Da die Fahrräder immer hochwertiger würden und man daran interessiert sei, den Öffentlichen Nahverkehr zu stärken, habe seine Fraktion den Antrag zur Beschaffung von weiteren Fahrradboxen gestellt. Diese sollten an den Bahnhöfen in Geilenkirchen und in Lindern aufgestellt werden. Es bestehe die Möglichkeit, entsprechende Fördergelder zu beantragen und die Maßnahme bereits 2020 umzusetzen. Um es Pendlern zu ersparen, ihre Fahrräder zur anderen Gleisseite tragen zu müssen, schlage er vor, auf beiden Seiten des Bahnhofs in Geilenkirchen, Boxen aufzustellen. Er bat die anderen Fraktionen um Unterstützung für seinen Antrag.

Stadtverordneter Grundmann versicherte die Unterstützung durch die SPD-Fraktion. Es handle sich um ein vernünftiges Konzept. Er wies darauf hin, dass die beidseitige Aufstellung der Boxen in Lindern nicht möglich sei.

Stadtverordneter Kravanja wolle einige Fragen beantwortet haben, bevor er dem Antrag zustimmen könne. Herr Scholz beantwortete seine Fragen wie folgt: Um den Einplanungsantrag stellen zu können, müsse zunächst kein fester Stellplatz definiert werden. Die Angabe eines bestimmten Bereiches reiche aus. Da die Maßnahme gefördert würde, müssten die Boxen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Es dürften lediglich Kosten für die Unterhaltung der Boxen auf die Mieter umgelegt werden. Zur Vergabe der Boxen biete sich das Windhundverfahren an. Mit den Nutzern müsse im Einzelnen Vereinbarungen darüber getroffen werden, wie damit umgegangen werde, wenn der Schlüssel für die Box abhanden gehen würde. Die Verantwortung für die Boxen liege jedoch in jedem Falle bei der Stadt. Als Zuwendungsempfänger komme lediglich die Kommune in Betracht. Die Zuwendung könne gegebenenfalls auf den Zweckverband weitergeleitet werden. Dies müsse vorher jedoch geprüft werden.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Allerdings habe auch er Fragen an Herrn Scholz. Da die Verwaltung der Fahrradboxen Personal

binden würde, erkundigte er sich, ob diese an die West GmbH gegen eine Beteiligung am Gewinn abgegeben werden könnten.

Herr Scholz erläuterte, dass dies mit dem Fördergeber abgeklärt werden müsse. Dies werde jedoch nicht vor dem 31.03.2019 geschehen. Er empfehle, zuvor einen Beschluss zu fassen, damit der Einplanungsantrag noch fristgerecht gestellt werden könne. Die offengebliebenen Fragen könnten bis zur Abgabe des Förderantrags beantwortet werden.

Stadtverordneter Jansen schlug vor, die Fahrradboxen zur freien Verfügung anzubieten. So könnten diejenigen, die früher am Bahnhof seien, sich ihre Box für den Tag sichern. Zusammenfassend plädierte er dafür, dem Beschlussvorschlag heute zuzustimmen und die weiteren Details im Anschluss zu klären.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass die Boxen seiner Meinung nach fest vermietet werden sollten. An dieser Stelle müsse das Rad nicht neu erfunden werden; schließlich hätten andere Kommunen bereits in ähnlicher Weise Fahrradboxen beschafft. Diese würden die Boxen vermieten und die Übergabe des Schlüssels mit einer Kautions verbinden.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Beschaffung und Aufstellung von je 20 Fahrradabstellboxen an den Bahnhöfen Geilenkirchen und Lindern einen entsprechenden Einplanungsantrag bis zum 31.03.2019 beim Zweckverband Nahverkehr Rheinland zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

#### **TOP 4      Antrag der CDU-Fraktion zur Teilfinanzierung einer 0,5 Stelle für die Wohnberatung für ältere Mitbürger Vorlage: 1474/2019**

Stadtverordneter Weiler stellte den Antrag der CDU-Fraktion vor. Tagesaktuelle Zahlen würden zeigen, dass sich die Höhe der für Sozialhilfeträger verbleibenden Kosten aufgrund des Anstieges des Investitionskostensatzes auf das Doppelte gestiegen sei, seit er den Antrag gestellt habe. Vor diesem Hintergrund sei es umso wichtiger, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Er stellte klar, dass die Wohnberatung für die Nutzer kostenlos sei. Zwar gebe es bereits eine Wohnberatungsstelle, die bei der Kreisverwaltung Heinsberg angesiedelt sei, allerdings spreche sie nicht primär den im Antrag erwähnten Personenkreis an. Eine hiesige Wohnberatungsstelle sei ein Alleinstellungsmerkmal für Geilenkirchen. Zwischen Aachen und Mönchengladbach sei eine solche nicht vorhanden. Die Maßnahme könne zinslos von der NEW.Bank gefördert werden. Es gebe verschiedene Ausprägungsgrade der Wohnberatungsstellen. In Aachen sei beispielsweise ein Architekt involviert. Die Mitarbeiter/innen würden außerdem Außentermine bei ihren Kunden wahrnehmen, um die genauen Bedarfe zu erörtern.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass es sich um einen guten Ansatz handle, Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschen das Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Beratung sei hierbei ein wichtiger Aspekt. Diese finde jedoch bereits durch Kranken- und Pflegekassen und durch die Kreisverwaltung statt. Er zitierte die Internetseite der Kreisverwaltung Heinsberg. Hier werde neben weiteren Personengruppen explizit die Wohnberatung für Senioren aufgeführt. Es werde das beschrieben, was die CDU beantrage. Seine Fraktion befürchte,

dass die Einrichtung in Geilenkirchen redundant sein werde. Wohnberatungsstellen würden in der Regel bei Kreisen und Kreisfreien Städten angesiedelt. Dies halte er für sinnvoll. Aus dem Jahresbericht der Wohnberatung der Städte-Region Aachen aus 2014 sei ersichtlich, dass in einem Jahr 388 Kunden betreut worden seien. Durch Infoveranstaltungen seien insgesamt über 600 Kontakte hergestellt worden. Würde man dies gemäß der Einwohnerzahlen auf Geilenkirchen herunterbrechen, würden sich lediglich 32 Kundenkontakte pro Jahr ergeben.

Die Bürgerliste werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten. Er stellte klar, dass die Wohnberatung grundsätzlich unterstützt werde, man sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion jedoch nicht anschließen könne.

Er schlug vor, dass dem Beschlussvorschlag eine Überprüfung der Wohnberatungsstelle nach zwei Jahren beigefügt werde.

Stadtverordneter Mesaros plädierte ebenfalls dafür, die Wohnberatungsstelle nach zwei Jahren zu überprüfen. Er gehe davon aus, dass sich diese Maßnahme letztendlich rechnen werde. Eine Beratungsstelle vor Ort sei effektiver und persönlicher. Der Bedarf nach Beratungsangeboten werde sicherlich in den kommenden Jahren wachsen. Zudem würde sich die Stadt ein Alleinstellungsmerkmal sichern. Die Fraktion Für GK! werde den Antrag unterstützen.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass sich eine zeitnahe Überprüfung ohnehin aufgrund der Förderbestimmungen ergeben werde. Die Beteiligung der Stadt sei schließlich an die Voraussetzung geknüpft, dass die Maßnahme gefördert werde und sei auf den Zeitraum der Förderung befristet.

Stadtverordneter Benden wies bezüglich des Wortbeitrages des Stadtverordneten Kravanja darauf hin, dass die Mitarbeiter/innen der Wohnberatungsstelle beim Kreis Heinsberg noch weitere Aufgaben erfüllen würden. Die Wohnberatung sei lediglich ein kleiner Teil des Aufgabenspektrums. Die geringe Anzahl an Kundenkontakten sei der Entfernung geschuldet. Er bekräftigte, dass die Wohnberatungsstelle ein positives Alleinstellungsmerkmal Geilenkirchens sein würde. Die Maßnahme sei vergleichbar mit der Einführung des Jugendamtes. Der Aufgabenbereich sei zuvor durch die Kreisverwaltung erfüllt worden. Er halte die Wohnberatung vor Ort für effizienter als bei der Kreisverwaltung. Er sprach sich ebenfalls dafür aus, die Maßnahme nach zwei Jahren zu überprüfen.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass er die Bedenken der Bürgerliste nicht teilen könne. Es sei ein Qualitätsmerkmal, eine Wohnberatungsstelle in Geilenkirchen zu wissen. Er gab zu bedenken, dass die Zielgruppe der örtlichen Wohnberatungsstelle eine andere ist als die bei der Kreisverwaltung. Er gehe von einem Mehrwert für Geilenkirchen und Umgebung aus.

Stadtverordneter Weiler wies darauf hin, dass die Fördermittel jährlich beantragt werden müssten. Weiterhin erklärte er, dass die Überprüfung nach zwei Jahren bereits im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur vereinbart worden sei.

Stadtverordneter Gerads führte aus, dass es wichtig sei, die Wohnberatungsstelle aktiv zu bewerben, falls sie eingerichtet werde. Viele Bürger/innen würden den Behördengang scheuen oder seien damit überfordert. Die Thematik müsse sodann in Zusammenarbeit mit dem Franziskusheim durch die Organisation von Infoveranstaltungen in die Bevölkerung getragen werden.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat der Stadt vor, dass ab einem noch mit der Franziskusheim gGmbH zu vereinbarenden Zeitpunkt, die Stadt Geilenkirchen sich mit einem

jährlichen Betrag in Höhe von 9.900,00 € an den Kosten für die 0,5-Stelle einer Wohnberatung für das Stadtgebiet Geilenkirchen beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 5      Antrag der CDU-Fraktion - Flächendeckende Verteilung einer Informationsbroschüre  
Vorlage: 1513/2019**

Stadtverordneter Speuser stellte seinen Antrag und die in Rede stehende Broschüre vor; diese sollte in jedem Haushalt vorhanden sein. Hiermit werde Wissen vermittelt, wie man sich im Falle eines GAUs in Tihange selbst helfen könne. Dieses Wissen sei in der Bevölkerung nur rudimentär oder lückenhaft vorhanden. Falls es zum GAU käme, sei fraglich, ob man die Zeit habe, zu recherchieren, wie man sich zu verhalten habe und ob diese Informationen im Internet überhaupt bereitstehen würden. Daher sei es wichtig, dass man sich vorher mit diesem Thema befasse.

Der Kreis Heinsberg habe die Broschüre vor zwei Jahren aufgesetzt und 6.000 Mal drucken lassen. Der Kreis der potentiell betroffenen sei mit 1,2 Millionen Menschen jedoch weitaus größer. Daher stelle er den Antrag, dass die Verwaltung überprüfen möge, inwieweit es möglich sei, die Broschüre an die Einwohner Geilenkirchens zu verteilen.

Stadtverordneter Benden pflichtete dem Stadtverordneten Speuser dahingehend bei, dass er bei einer Infoveranstaltung im Bürgertreff zu diesem Thema die gleiche Erfahrung gemacht habe. Das Nichtwissen über die möglichen Vorgehensweisen sei sehr hoch. Obwohl es sich um eine sinnvolle Maßnahme handle, gab er zu bedenken, dass man mit der Verteilung der Broschüren an die Haushalte vermutlich dennoch nicht alle Bürger/innen erreichen werde.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung prüft in Absprache mit der unteren Katastrophenschutzbehörde sowie den Herausgebern die Zurverfügungstellung der Broschüre „Information für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Tihange (B)“ an alle Geilenkirchener Haushalte.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**TOP 6      Anfragen**

- a) Stadtverordneter Weiler erklärte, dass den Ortsvorstehern/innen seit einigen Monaten nicht mehr über Geburtstagsjubiläen der 80-Jährigen und älteren Bürger/innen Bescheid gegeben werde. Hierdurch könnten die Ortsvorsteher/innen nicht mehr ihrer Aufgabe nachgehen, den Jubilaren schriftlich oder persönlich zu gratulieren. Er erkundigte sich, wieso die Ortsvorsteher/innen keine Infos mehr erhielten und wie diese Problematik gelöst werden könne.

Bürgermeister Schmitz erläuterte, dass die Jubilare seit der Einführung der Datenschutzgrundverordnung mithilfe eines Fragebogens um Erlaubnis gebeten werden

müssten, ob die Verwaltung Informationen über die Geburtstage an die Ortsvorsteher/innen, Kreistagsabgeordnete usw. weitergeben dürfe. Auf Nachfrage antwortete er, dass man überprüfe, inwiefern diese Vorgehensweise angepasst werden könne.

Stadtverordneter Jansen wies darauf hin, dass Einwilligungserklärungen zur Datenschutzgrundverordnung zwei Jahre lang gelten würden, sofern diese nicht zwischenzeitlich erneut abgegeben würde.

Stadtverordneter Kuhn schlug vor, dass die Verwaltung bei Geburtstagsjubilaren einen zweiten Unterschriftenblock für den/die jeweiligen Ortsvorsteher/innen neben dem des Bürgermeisters auf dem Glückwunschscheiben platziere.

- b) Stadtverordneter Kuhn erklärte, dass der Hochwasserschutz zwischen Müllendorf, Kogenbroich und Kleinsiersdorf ausgebaut werden müsse. Im letzten Jahr seien dortige Flächen dreimal überflutet worden. Hierdurch habe die Verbindungsstraße zwischen Müllendorf und Kogenbroich gesperrt werden müssen. Er stelle den Antrag, dass sich diesbezüglich mit dem Wasserverband Rhein-Rur in Verbindung gesetzt werde.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass die Hochwasserprobleme aus der letzten Woche zum Anlass genommen worden seien, den Hochwasserschutz in Frage zu stellen. Es müsse überprüft werden, ob die Überflutungen aufgrund des Hochwassers der Wurm oder aus Oberflächenwasser entstehen würde. Die Zuständigkeiten müssten diesbezüglich geklärt werden. Man könne sich nicht vor all diesen Ereignissen schützen. Sofern in den Ortschaften Handlungsbedarf bestehe, bitte er darum, sich an die Verwaltung zu wenden.

- c) Stadtverordneter Kuhn führte aus, dass die Grillhütte in Müllendorf seit zwei Jahren geschlossen sei und nun verrotten würde. Diese müsse entweder abgerissen oder neu, am besten in offener Bauweise, aufgebaut werden. Das Areal könne mittlerweile kaum noch als Freizeitanlage bezeichnet werden. Besucher würden dort ihre eigenen Grillmöglichkeiten schaffen und ihren Müll ablagern.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass eine Sanierung der Hütte aufgrund des hohen Aufwands nicht in Betracht käme. Daher sei sie geschlossen. Darüber hinaus sei die Nachfrage in den vergangenen Jahren gesunken. Es würden die Kosten für einen Neuaufbau der Grillhütte ermittelt.

- d) Stadtverordneter Benden erläuterte, dass es im Hallenbad bislang neben den Männer- und Fraenumkleiden auch Familienumkleiden gegeben habe. Letztere seien immer gut angenommen worden. Mittlerweile seien die Familienumkleiden in Mutter-Kind-Umkleiden umgewandelt worden. Dies halte er Männern gegenüber für diskriminierend. Er erkundigte sich, weshalb die Familienumkleiden abgeschafft worden seien. Er bitte um Überprüfung, ob diese wieder eingeführt würden.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die genauen Umstände für die Änderung nachgeliefert werden müssten. Es habe Vorfälle gegeben, in denen Mütter ihre Kinder zum Hallenbad gebracht und Väter die Kinder abgeholt hätten. Um den Kindern beim Umziehen zu helfen, hätten sich die Väter in Umkleidekabinen begeben müssen, wo sich junge Frauen umgezogen hätten.

Die genauen Gründe für die Änderung könnten gerne noch einmal recherchiert werden.

- e) Stadtverordneter Gerads informierte darüber, dass eine Baustelle der Wasserwerke in Gillrath seit einigen Monaten keinen Fortschritt zeige. Er erkundigte sich, wie damit umgegangen werde, wenn Fußgängerwege im öffentlichen Bereich aufgerissen würden und ob es hierfür eine zeitliche Beschränkung gebe.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass Firmen die Genehmigung der Baumaßnahmen beantragen müssten. Der Zeitraum werde vorgegeben und überprüft. Sofern es Baustellen gebe, die augenscheinlich zögerlich verlaufen würden, sollte die Verwaltung informiert werden. Die Baustelle in Gillrath werde nun überprüft.

- f) Stadtverordneter Paulus wies darauf hin, dass die Hochwasserproblematik in Teveren ebenfalls kritisch sei. In der letzten Woche habe er in der Presse gelesen, dass der obere Teil der Wurm in Herzogenrath mit Sandsäcken umrandet worden sei, um das Übertreten des Flusses zu vermeiden. Hierdurch würde es jedoch vermehrt im unteren Bereich der Wurm, also vor allem in Teveren, zu Überschwemmungen kommen. Er plädierte dafür, diese Problematik mit Nachdruck beim Wasserverband vorzubringen.

Sitzung endet um: 19:12 Uhr

Bürgermeister Schmitz schloss die 33. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er wünschte allen Anwesenden einen angenehmen Abend.

Vorsitzender

Schriftführer:

gez.

gez.

Bürgermeister Georg Schmitz

Dominik Hilgers